

NOVEMBER 2007



Ursula Carpenter
Dr. Norbert Wagner

KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG WASHINGTON, D.C.



US-Präsidentschaftswahlkampf: Gesundheitsreform Top-Wahlkampfthema

Wähler wollen sie seit Jahrzehnten. Unternehmer betteln darum. Politiker sprechen davon. Die Gesundheitsreform ist wenige Wochen vor den ersten Vorwahlen ein Top-Thema im US-Präsidentschaftswahlkampf geworden. Laut Umfragen eines führenden gesundheitspolitischen Think Tanks[1] rangiert die Gesundheitsversorgung bei den amerikanischen Wählern ganz oben auf der Prioritätenliste (Platz 2). Lediglich der Irakkrieg ist für die Amerikaner von größerer Wichtigkeit.[2] Während jedoch bei allen Wählern die Gesundheitsversorgung (27%) lediglich hinter dem Irakkrieg (42%) platziert ist, spielt sie bei demokratischen und unabhängigen Wählern eine größere Rolle (Platz 2) als bei republikanischen Wählern, für die der Terrorismus (Platz 2) gegenüber der Gesundheitsversorgung (Platz 3) Vorrang hat. Zum ersten Mal ist allerdings die Gesundheitsversorgung für demokratische Wähler genauso wichtig wie der Irakkrieg (42%). Dies ist ein deutlicher Anstieg im Vergleich zu den Vormonaten.

Kostendämpfung, Flächendeckung und Qualitätssicherung

Der nächste Präsident der Vereinigten Staaten wird sich mit schwierigen gesundheitspolitischen Entscheidungen konfrontiert sehen. Obwohl die USA für die Gesundheitsversorgung doppelt soviel als jedes andere Land der Welt ausgeben (über 2 Billionen US Dollar jährlich; 7.500 US Dollar pro US-Einwohner; 16% des Bruttonettoproduktes, 2007)[3], liegt Amerika im weltweiten Vergleich lediglich an 45. Stelle bei der Lebenserwartung und an 37. Stelle bei der Leistungsfähigkeit seines Gesundheitswesens. Laut Prognosen wird sich der enorme Anstieg der Gesundheitskosten (der kumulative Kostenanstieg bei den Versicherungsprämien betrug den letzten 5 Jahren 78%) in Zukunft fortsetzen. Nach Schätzungen werden sich die Gesundheitskosten bis zum Jahr 2016 absolut verdoppeln und dann etwa 20% des amerikanischen Bruttonettoproduktes ausmachen. Dennoch sind etwa 47 Millionen Amerikaner nicht krankenversichert (darunter etwa 9 Millionen Kinder, aber auch ca. 20% freiwillig Nichtversicherte[4]). Und Millionen Amerikanern droht, daß sie ihre Krankenversicherung, etwa im Falle eines Arbeitgeberwechsels, verlieren.[5] Obwohl die amerikanische Regierung gegenwärtig mehr für die Gesundheitsversorgung als für die Rentenversorgung und die Militärausgaben zusammen ausgibt[6], kommen die Amerikaner nicht automatisch in den Genuß der besten medizinischen Versorgung. Somit hat für viele US-Bürger die Qualitätsverbesserung ihrer gesundheitlichen Versorgung hohe Priorität.



Laut Umfragen rangiert die Gesundheitsversorgung bei den amerikanischen Wählern ganz oben auf der Prioritätenliste.

Reformdruck

Dies bedeutet, dass es sich kein Präsidentschaftskandidat leisten kann, das Thema Gesundheitsreform zu vernachlässigen. Die Kandidaten müssen auf gesundheitspolitische Fragen Antwort geben, insbesondere zu Fragen des Zugangs, der Erschwinglichkeit, der Effizienz und Qualität der amerikanischen Gesundheitsversorgung. Die jüngsten Debatten im Vorwahlkampf der Demokraten und Republikaner zeigen, wie die Präsidentschaftskandidaten versuchten, der amerikanischen Bevölkerung ihre Kompetenz auf diesem Gebiet zu demonstrieren. Insgesamt sind sich alle Kandidaten darin einig, dass die nächste amerikanische Regierung darauf hinwirken muss, die Gesundheitskosten zu dämpfen, die Qualität der Gesundheitsversorgung zu verbessern, verstärkten Wert auf Prävention zu legen und den Versicherungsschutz auf möglichst viele (alle) Amerikaner auszudehnen.

Die Lösungsvorschläge zur Erreichung dieser Ziele sind naturgemäß unterschiedlich und reflektieren die unterschiedlichen politischen Grundüberzeugungen der Präsidentschaftskandidaten. Jüngste Meinungsumfragen[7] zeigen, dass die Demokraten beim Thema Gesundheitspolitik einen deutlichen Kompetenz-Vorsprung (2:1) vor



den republikanischen Rivalen haben, insbesondere bei Lösungswegen hin zu einem flächendeckenden Gesundheitssystem. Dabei ist sogar zeitweise der Eindruck entstanden, dass sich die Republikaner anfangs vor diesem Thema durch abschätzigere Kommentare über demokratische Lösungsmethoden als "sozialistischer Medizin" gedrückt hätten.[8] Unbestritten ist, dass Senatorin Hillary Clinton für ihre Reformvorschläge die größte Anerkennung erhält[9].

Obwohl sie nicht die erste unter den führenden Präsidentschaftskandidaten beider Parteien war, die das Thema Gesundheitsreform in ihre Wahlkampfagenda aufnahm (ihr demokratischer Rivale John Edwards stellte bereits am 18. Februar 2007 sein gesundheitspolitisches Reformprogramm vor), hat sie ihre Programmatik seit Mai dieses Jahres kontinuierlich ausgebaut. Während alle führenden Kandidaten der Demokraten spätestens im dem Frühjahr ihre gesundheitspolitischen Reformprogramme vorstellten, hinkten die republikanischen Präsidentschaftskandidaten hinterher: Rudy Giuliani stellte als erster Kandidat Ende Juli sein Reformprogramm vor, gefolgt von Mitt Romney (Mitte August) und von John McCain (im Oktober). Fred Thompson lässt bis jetzt noch auf sein Reformprogramm warten.[10]

Die Kandidaten müssen auf gesundheitspolitische Fragen Antwort geben.

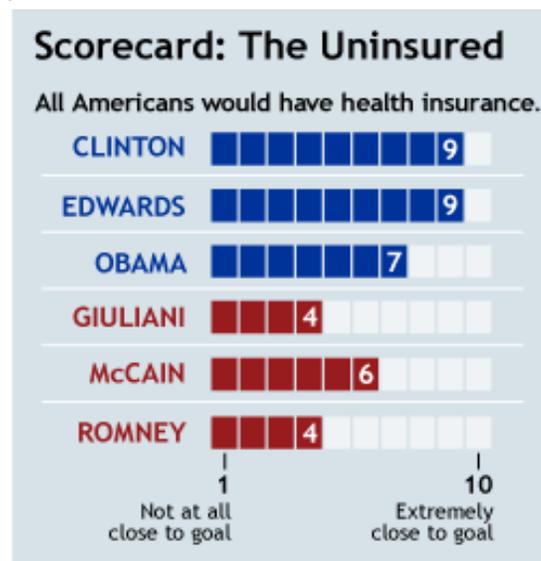
Amerikaner wollen die Gesundheitsreform

Vier Reformforderungen haben für die amerikanischen Wähler Vorrang:

- Kostendämpfung im Gesundheitswesen und damit Senkung der Versicherungsprämien (39%),
- Ausweitung des Krankenversicherungsschutzes auf die Nichtversicherten (34%),
- Verbesserung der Qualität der Gesundheitsversorgung und Reduzierung medizinischer Fehler (13%) sowie
- Kostendämpfung von staatlichen Gesundheitsprogrammen (8%) (vorwiegend Medicare und Medicaid, d.h. der Gesundheitsversorgung von Rentnern, Behinderten und Amerikanern mit niedrigem Einkommen). [11]

Die Prioritätenskala der Wähler bei den verschiedenen Reformpunkten ist jedoch sehr unterschiedlich je nach Parteizugehörigkeit. Für Republikaner ist die Kostendämpfung weit wichtiger als die Erweiterung des Versicherungsschutzes (50% vs. 16%), während Demokraten etwas mehr Wert auf einen flächendeckenden Versicherungsschutz legen als auf die Kostensenkung. [12] (40% vs. 36%). Für unabhängige Wähler sind beide Themen etwa gleich wichtig (36% vs. 36%). Insgesamt jedoch sind mehr als die Hälfte der Amerikaner willens, für eine flächendeckende

Die Reformprioritäten sind bei den Wählern je nach Parteizugehörigkeit unterschiedlich.



Gesundheitsversorgung einen substantiellen Kostenanstieg in Kauf zu nehmen (54%). Diese Bereitschaft ist allerdings bei Demokraten weit größer als bei Republikanern (67% vs. 35%). Auch unabhängige Wähler sind mehrheitlich dazu bereit (54%). Eine Gesundheitsreform mit dem Ziel, lediglich einen Teil der Nichtversicherten abzudecken, die dafür aber weniger kosten würde, befürworten insgesamt weniger als ein Viertel aller Amerikaner (23%), ein knappes Drittel der Republikaner (31%), und lediglich 21% der Demokraten. Fast ein

Viertel der republikanischen Wähler würde es sogar vorziehen, das Gesundheitssystem überhaupt nicht zu verändern, verglichen mit lediglich 3% der Demokraten. Die Tatsache, dass nur 13% aller Wähler eine Gesundheitsreform für unnötig halten, ist ein deutliches Signal für die Präsidentschaftskandidaten: Amerikaner wollen die Reform! Zwar ist das Kriterium Gesundheitsreform für die Wähler bei ihrer Kandidatenwahl nicht alleine ausschlaggebend, aber für Dreiviertel aller Amerikaner (74%) ist das Thema ein wichtiger Faktor bei ihrer Wahlentscheidung.

Clinton: "Amerika ist reif für Veränderungen!"

Hillary Clinton hatte sich bereits vor ihrer Präsidentschaftskandidatur einen (allerdings wenig guten) Namen als Gesundheitsreformerin gemacht: und zwar als Leiterin der großangelegten, aber letztendlich gescheiterten Reformvorstöße von Präsident Bill Clinton zu Beginn der 90er Jahre. Aus diesem Makel versucht sie nun, politisches Kapital zu schlagen, denn – so sagt sie in ihren Wahlkampfreden – aus dieser Erfahrung habe sie gelernt, was machbar sei und die „Gefechtsnarben“ von damals verliehen ihr nun noch mehr Kraft und Know-How im erneuten Reformkampf. Sie versucht sich damit geradezu zur Gallionsfigur der neuen Gesundheitsreform zu stilisieren. Sie verspricht ihren Wählern, während ihrer Präsidentschaft die generelle Gesundheitsversorgung aller Amerikaner durchzusetzen. Ihr am 17. September vorgestellten Reformplan[13] sieht vor, daß jeder Amerikaner pflichtversichert wäre, d.h. jeder wäre gezwungen, eine Krankenversicherungspolice zu erwerben, sei es über den Arbeitgeber (wie es im gegenwärtigen System der Fall ist) oder über erweiterte staatliche Gesundheitsprogramme (wie z.B. Medicaid). Zur Unterstützung beim Erwerb der Krankenversicherung sieht Clinton Steuervergünstigungen und Subventionen vor. Darüber hinaus würde sie Zulassungsbeschränkungen privater Leistungsanbieter abschaffen und durch eine verstärkte Rolle von Präventivmedizin, elektronischen Patientenakten und Preisverhandlungen mit Pharma-Unternehmen Kostensenkungen erzielen. In Wahlkampfreden knüpft Hillary Clinton immer wieder an die oft negativen Erfahrungen der Wähler mit dem amerikanischen Gesundheitssystem an. Sie verspricht Antworten auf deren Fragen und Lösungen für ihre Probleme: "Ich bin heute hier, weil ich glaube, dass Antworten in dieser Nation überfällig sind. Deswegen will ich Präsidentin werden, weil ich glaube, dass Amerika reif ist für Veränderungen." [14]



Hillary Clinton als Gallionsfigur der neuen Gesundheitsreform

Obama: "Krankenversicherung wie im Kongreß für alle!"

Senator Barack Obama eröffnete seinen gesundheitspolitischen Wahlkampf mit dem Versprechen: "Krankenversicherung für alle bis 2012". Um dieses Ziel bis zum Ende seiner ersten Amtszeit zu erreichen, sieht Obama vor, Privatversicherungen beizubehalten (also Status Quo), aber zusätzlich fast alle Arbeitgeber dazu zu zwingen, sich an der Finanzierung der Versicherungskosten ihrer Arbeitnehmer zu beteiligen. Darüber hinaus würde er ein öffentliches Versicherungsprogramm schaffen für Amerikaner, die im jetzigen System nicht versichert sind, nämlich diejenigen, die nicht die Voraussetzungen für das Staatsprogramm "Medicaid" erfüllen (d.h. deren Einkommen knapp über der Armutsgrenze liegt) und auch nicht über ihren Arbeitgeber Zugang zu einer Krankenversicherung haben (d.h. der Arbeitgeber bietet keinen Versicherungsschutz an oder der angebotene Schutz ist für den Arbeitnehmer nicht erschwinglich). Zur finanziellen Unterstützung dieser neuen Erwerber einer Versicherung sieht Obamas Reformplan Kaufgemeinschaften für



*Obama fordert
Krankenver-
sicherung für
alle bis 2012*

Krankenversicherungen ("insurance purchasing pools") und progressiv-gestaltete Subventionen vor. Verbesserte Präventivmedizin, effizienteres Management von chronischen Krankheiten und vermehrte staatliche Programme für öffentliche Gesundheit sollen zu mehr Kostenkontrolle beitragen. Am stärksten ist allerdings der Applaus bei Senator Obamas Wahlkampfreden, wenn er verkündet, dass alle Amerikaner "dieselbe Gesundheitsversorgung haben sollen wie wir im Kongreß." [15] Dazwischen dürften allerdings Welten liegen.

Edwards: "Wir brauchen eine universelle Lösung, und wir brauchen sie jetzt!"

Die Reform des amerikanischen Gesundheitssystems steht im Zentrum der Kampagne des ehemaligen Vizepräsidentenskandidaten John Edwards. Wie auch der Plan von Hillary Clinton sieht sein Reformplan eine individuelle Versicherungspflicht vor, d.h. jeder Amerikaner wäre gezwungen, einer Krankenversicherung beizutreten. Alle Unternehmen müssten ihren Arbeitnehmern entweder eine Krankenversicherung anbieten oder sie beim Erwerb einer außerbetrieblichen Krankenversicherung finanziell unterstützen. Auch Edwards würde Familien mit niedrigem Einkommen durch Steuererleichterungen und weitere staatliche Krankenversicherungsprogramme unterstützen. Versicherungsanbieter wären dazu verpflichtet, 85% der Prämien für die gesundheitliche Versorgung ihrer Versicherungsnehmer zu verwenden. Die Wahlkampfparole des Ex-Senators lautet dementsprechend: "Universal coverage now", und Edwards fragt die Wähler: "Wem wollen Sie die nötige gesundheitliche Versorgung vorenthalten? Welcher Familie? Welchem Kind? Wir brauchen eine wahrhaft universelle Lösung, und wir brauchen sie jetzt." [16]



*Gesundheitsreform
zentrales Thema für
Senator Edwards*

Schlachtruf der Republikaner: "Keine Verstaatlichung!"

Die Rufe der Demokraten nach einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung, verbunden mit einer staatlich subventionierten Pflichtversicherung, stoßen bei den republikanischen Rivalen auf vehemente Ablehnung. Dabei steht das Reformmodell der demokratischen „Front runnerin“ Hillary Clinton im Zentrum der Kritik. "HillaryCare", so schallt es unisono aus dem Republikanerchor, sei das alte Rezept der Linken ("liberals"), die im Staat das Allheilmittel für alle Probleme sähen. Wie ein neo-kommunistisches Schreckgespenst malen die Republikaner die so genannte "government knows best"-Medizin als Reformteufel an die Wand. So ironisiert Senator Thompson, HillaryCare sei "so schaurig, dass es einen krank macht." [17] Statt dessen bevorzugen die republikanischen Präsi-



denkschaftskandidaten Reformpläne auf Grundlage von Prinzipien der freien Marktwirtschaft: größere Wahlfreiheit der Versicherungsnehmer und Wettbewerb als Mittel der Kostenkontrolle.

Giuliani: "Mehr Wettbewerb – weniger Bürokratie!"

Wie alle republikanischen Präsidentschaftskandidaten lehnt der Vorreiter der GOP [18] eine Ausweitung staatlicher Gesundheitsprogramme ab. Statt dessen sieht Rudy Giulianis Reformmodell die Lösung in verstärktem Wettbewerb unter den Versicherungsanbietern und, wie auch Präsident George W. Bush, in Steuerfreibeträgen für Gesundheitsausgaben (\$7.500 für Einzelpersonen; \$15.000 für Familien). Auch die von demokratischer Seite geforderte Versicherungspflicht ist für Giuliani keine akzeptable Lösung. Zwar verspricht der ehemalige New Yorker Bürgermeister nicht, dass in seinem Gesundheitsmodell alle Amerikaner krankenversichert sein werden, dagegen würden aber die Sparkonten für Gesundheitsausgaben durch Bürokratieabbau leichter zugänglich werden. Dass Giuliani erkannt hat, welche wichtige Rolle das Thema Gesundheitsreform im Vorwahlkampf spielt, belegt sein jüngster kontroverser Radio-Werbespot "Chances"[19], der Ende Oktober im Bundesstaat New Hampshire, anlief[20]: "Vor fünf, sechs Jahren hatte ich Prostata-Krebs. Meine Chancen, in den Vereinigten Staaten zu überleben: 82%. Meine Überlebenschancen in Englands staatlichem Gesundheitssystem: 44%." Giuliani beschwört also das Schreckgespenst der "socialized medicine" (in diesem Kontext zitieren Republikaner auch immer wieder das Negativbeispiel des ebenfalls staatlichen Gesundheitssystems in Kanada), in dem "Bürokraten, nicht Ärzte medizinische Entscheidungen fällen". Für Giuliani gilt die Devise: "Wir haben das beste Gesundheitssystem der Welt. Wir müssen es nur verbessern." Der Appell "Mehr Macht den Patienten und den Ärzten – nicht den Staatsbürokraten!"[21] dürfte bei den freiheitsliebenden Bürgern des frühen Vorwahlstaates New Hampshire, dessen Landesmotto "Live Free or Die" lautet, insbesondere bei den dortigen unabhängigen Wählern (40%), gut ankommen.[22]

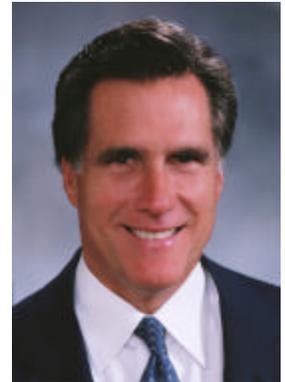


Giuliani: „Wir haben das beste Gesundheitssystem der Welt. Wir müssen es nur verbessern.“

Romney: "Versicherung für alle ohne Steuererhöhungen!"

Als ehemaliger Gouverneur des liberalen Bundesstaates Massachusetts verfügt Mitt Romney bereits über einen guten Ruf als Gesundheitsreformer. Während seiner Amtszeit führte er nämlich eine "revolutionäre" Gesundheitsreform in Massachusetts ein, die auf dem Prinzip der universellen individuellen Versicherungspflicht basiert. Obwohl diese Reform landesweiten Applaus fand[23], könnte sie nun Romney als Präsidentschaftskandidat eher schaden, denn republikanische Gesundheitsreformer lehnen jegliche Art von Universalvorschriften ab. Dies wird aus dem Lager Giulianis, der in einigen frühen Vorwahlstaaten (Iowa und New Hampshire) knapp hinter Romney liegt, genutzt, indem Romneys Reformen als Gouverneur in Massachusetts mit "HillaryCare" in Verbindung gebracht werden: "Sie basieren auf

Vorschriften, neuer Bürokratie, verstärkter Regulierung und Wunschdenken, sie gleichen sehr den Reformen Hillary Clintons: Das ist für niemanden gesund." [24] Und so übt sich Mitt Romney als Präsidentschaftskandidat im politischen Spagat zwischen seiner Reformpolitik in Massachusetts und seiner künftigen Gesundheitsreform als US-Präsident. Er will alle versichern: "Wir können es als Nation einfach nicht dulden, dass (...) Millionen Menschen sagen, 'Ich habe keine Krankenversicherung, und wenn ich krank werde, will ich, dass jemand anders dafür bezahlt.'" Aber er will auch seinen konservativen Idealen und Wählern treu bleiben: "Es ist eine konservative Idee, darauf zu bestehen, dass jeder Einzelne die Verantwortung für seine eigene Gesundheitsversorgung trägt. Ich glaube, das kommt bei Menschen auf beiden Seiten an: Versicherung für alle ohne Steuererhöhungen." [25]



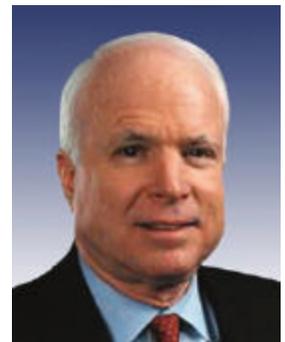
*Romney übt sich
im politischen
Spagat*

McCain: "Weniger Staat, mehr Eigenverantwortung"

Für Senator McCain liegt das größte Problem des amerikanischen Gesundheitssystems in den hohen Kosten, die nicht nur für den Staatshaushalt und amerikanische Familien, sondern auch für amerikanische Unternehmen nicht mehr tragbar sind: "Der Preis für jedes Auto von General Motors schließt über \$1.500 für Gesundheitskosten ein verglichen mit \$200 bei einem Auto von Toyota." [26] Seine Lösung basiert ebenfalls auf dem ur-amerikanischen Grundwert von mehr "individueller Freiheit" statt mehr Staat. McCains Gesundheitsmodell verfolgt die Prinzipien von:

- Qualitätssteigerung,
- verstärktem Wettbewerb unter Leistungsanbietern flankiert mit Steuervergünstigungen (\$5.000 für Familien; \$2.500 für Einzelne) und
- größerer Eigenverantwortung der Amerikaner mit dem Ziel der Vermeidung chronischer Krankheiten.

Sein gesundheitspolitisches Wahlkampfmotto lautet nicht verstaatlichte Versorgung ("a one-size-fits all government takeover of health care"), sondern "größere Freiheit für jeden Amerikaner", verbunden mit mehr Verantwortung bei der Kontrolle über die eigene Gesundheit, sei es beim eigenen Lebensstil oder der Auswahl einer passenden Krankenversicherung.



*McCain will
amerikanische
Unternehmen
entlasten*

Thompson: "Mehr Marktwirtschaft im besten System der Welt"

Zwar liegt der ehemalige Senator Fred Thompson seit Wochen in vielen Umfragen zur Präsidentschaftswahl an zweiter Stelle hinter Rudy Giuliani, aber sein gesundheitspolitisches Profil ist derzeit lediglich ein Abklatsch der konservativen Credo seiner republikanischen Rivalen: "Die freie Marktwirtschaft ist die beste Medizin für

unser Gesundheitssystem". Mehr als konservative Prinzipien hat Thompson selbst wenige Wochen vor den ersten Vorwahlen nicht anzubieten.[27] Diese fehlende Programmatik erntet Thompson inzwischen das Gespött der Blogosphäre: "Thompson beschreibt oft nicht die Lösungen, sondern kennt das Problem: der große Staat!"[28]



Thompson fehlt die Reform-programmatik

Ausblick: "SCHIP" als Generalprobe

Laut einer jüngsten Umfrage im Bundesstaat New Jersey hat sich die Anzahl der Wähler, für welche die Gesundheitsversorgung ein Top-Thema ist, in den letzten sechs Monaten fast verdoppelt.[29] Dies wird von einigen Analysten als Indiz dafür gesehen, dass das Thema "Health-Care" bei den Präsidentschaftswahlen eine Schlüsselrolle ("key swing issue") spielen könnte.[30] Das US-Wochenmagazin "Business Week" schließt dies nicht aus: "Könnte 2008 das Jahr sein, in dem die Gesundheitsversorgung ein wahlentscheidendes Thema wird? Es ist möglich."[31]



Dass das Thema bereits jetzt zum politischen Spielball zwischen dem von den Demokraten kontrollierten Kongress und dem Weißen Haus geworden ist, zeigt das politische Drama, das sich in den letzten Monaten im Zusammenhang mit der Verlängerung bzw. Ausweitung eines staatlichen Gesund-

heitsprogramms (State Children's Health Insurance Program, SCHIP) für Kinder abspielte. Während die Demokraten die dieses Jahr (10 Jahre nach der Initiierung dieses Programms für arme Kinder) fällige Verlängerung bzw. Ausweitung[32] zu einem Kernstück ihrer legislativen Agenda gemacht hatten, charakterisiert Präsident Bush dieses Staatsprogramm als ersten Schritt der Demokraten in Richtung eines verstaatlichten Gesundheitssystems für alle Amerikaner und zeigte der vom Kongress verabschiedeten Verlängerung von SCHIP am 3. Oktober mit dem vierten Veto seiner Amtszeit prompt die rote Karte.

Die Veto-Politik des Weißen Hauses stößt jedoch selbst in den Rängen der eigenen Partei auf Skepsis, insbesondere bei moderaten Republikanern, die um ihre Wiederwahl bangen und damit rechnen, im bevorstehenden Wahlkampf von den Demokraten als hartherzig und kaltblütig dargestellt zu werden. In der Tat können demokratische Strategen ihre Freude über das republikanische Öl im Feuer der schwelen-

Gesundheitspolitik des Weißen Hauses politisch riskant

den Gesundheits-debatte[33] kaum verhehlen. Darüber hinaus vergleichen sie Bushs SCHIP-Veto (Kostenpunkt: \$ 35 Milliarden) mit der Forderung des Präsidenten nach weiteren \$ 147 Milliarden für Militärausgaben im Irak. Beobachter vergleichen dieses Schauspiel mit einer "Generalprobe" für die Gesundheitsdebatte im Präsidentschaftswahlkampf 2008.[34]

Während die republikanischen "Frontrunner" Giuliani, McCain und Romney das SCHIP-Veto des Präsidenten in ihrer jüngsten Wahlkampfdebatte als fiskalkonservatives Nein zu erhöhten Staatsausgaben und Absage an das Konzept der "Staatsmedizin" verteidigten, warnte der ebenfalls republikanische Präsidentschaftskandidat Mike Huckabee vor dem politischen Risiko: "Der politische Verlust wird enorm sein." [35] Ob das politische Kalkül des Weißen Hauses und der republikanischen Vorreiter aufgehen wird, ist offen. Eine jüngste Umfrage der Washington Post ergab, dass ca. 60 Prozent der republikanischen Wähler die SCHIP-Erweiterung befürworteten. Kein Wunder also, dass ein hochrangiger republikanischer Senator über die Präsidentschaftskandidaten seiner eigenen Partei schimpft: "Die Kandidaten müßten es eigentlich besser wissen!" [36]

Fußnoten

- [1] The Henry J. Kaiser Family Foundation, vgl. www.kff.org.
- [2] http://kff.org/kaiserpolls/h08_pomr083007pkg.cfm.
- [3] <http://www.kff.org/insurance/upload/7692.pdf>.
- [4] Current Population Survey (CPS), vgl. Health Affairs 26, no. 1 (2007).
- [5] Einzelheiten zum US-Gesundheitssystem und dem Problem der Nichtversicherten finden sich im Länderbericht der KAS Washington, "USA: Wahlkampfthema Krankenversicherung", Ursula Carpenter, Norbert Wagner, 28. März 2007 http://www.kas.de/proj/home/pub/1/1/year-2007/dokument_id-10576/index.html.
- [6] "Meeting the Dilemma of Health Care Access", Henry J. Aaron, Joseph P. Newhouse, Brookings Paper, Opportunity 08, February 28, 2007: http://www.brookings.edu/papers/2007/0228useconomics_aaron02_Opp08.aspx.
- [7] "Democrats Have Advantage on Health, Boosting Clinton, Poll Says", Aliza Marcus, Bloomberg.com, 24. Oktober 2007, http://news.yahoo.com/s/bloomberg/20071024/pl_bloomberg/avg2_yjzerb0&printer=1;_ylt=AocHreIPmfH2IJyAb410yLepg9IF.
- [8] "Washington's Unhealthy Denial", San Francisco Chronicle, Editorial, 5. Oktober 2007 <http://www.sfgate.com/cgi-bin/article.cgi?file=/c/a/2007/10/05/ED80SJH8Q.DTL>.
- [9] Vgl. http://kff.org/kaiserpolls/h08_pomr083007pkg.cfm.
- [10] Vgl. "Republicans Aren't Addressing Economic Worries", James Pethokoukis, U.S. News and World Report, 10. Oktober 2007, <http://www.usnews.com/blogs/capital-commerce/2007/10/10/republicans-arent-addressing-economic-worries.html>.
- [11] Vgl. http://kff.org/kaiserpolls/h08_pomr083007pkg.cfm – Alle folgenden Prozentzahlen beziehen sich auf diese Umfrage.
- [12] Vgl. National Journal Grafik zur Umsetzung der Wählerprioritäten in den Reformprogrammen der Präsidentschaftskandidaten: <http://news.nationaljournal.com/articles/healthcare/uninsured.htm>.

- [13] Eine Zusammenfassung des "American Health Choices Plan" ist abrufbar unter:
<http://www.hillaryclinton.com/feature/healthcareplan/summary.aspx>.
- [14] <http://www.hillaryclinton.com/news/speech/view/?id=3329>.
- [15] Einzelheiten zu Senator Obamas Gesundheitsreformplänen sind hier abrufbar: <http://www.barackobama.com/issues/healthcare/>.
- [16] <http://johndwards.com/issues/health-care/health-care-fact-sheet/>.
- [17] Vgl. TV-Spot "Fred's Statement on HillaryCare": <http://blip.tv/file/385711>.
- [18] GOP ist die Abkürzung für "Grand Old Party", wie die Republikanische Partei oft bezeichnet wird.
- [19] Vgl. "Giuliani's Bogus Diagnosis", Eugene Robinson, The Washington Post, 2. November 2007 <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2007/11/01/AR2007110101991.html>.
- [20] <http://blip.tv/file/451773>.
- [21] http://www.boston.com/news/globe/editorial_opinion/oped/articles/2007/08/03/a_free_market_cure_for_us_healthcare_system/.
- [22] Vgl. "Giuliani's Bid to Woo New Hampshire Independents Centers on Health Care", Chis Ciliizza and Shailagh Murray, The Washington Post, 28. Oktober 2007, <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2007/10/27/AR2007102701241.html>.
- [23] Vgl. "The Mass-ter Plan", Marilyn Werber Serfari, National Journal, 9. Juni 2006 <http://nationaljournal.com/members/news/2006/06/0609nj1.htm>.
- [24] "HillaryCare – The Preview", Sally Pipes, The Wall Street Journal, 12. Oktober 2007, <http://online.wsj.com/article/SB119215129079556874.html>, vgl. auch "Giuliani Ties Romney to 'HillaryCare'", Teddy Davis, abc News, 4. Oktober 2007.
- [25] http://www.mittromney.com/Issue-Watch/Health_Care.
- [26] Vgl. <http://www.johnmccain.com/Informing/News/Speeches/8f5febd6-cdca-4136-b0d8-a97f5287235d.htm>.
- [27] <http://www.fred08.com/Principles/PrinciplesSummary.aspx>.
- [28] Vgl. "Thompson's No Big Government Fan", Perry Bacon, Jr. 2. Oktober 2007 <http://blog.washingtonpost.com/the-trail/2007/10/02/thompson.html>.
- [29] http://www.monmouth.edu/polling/admin/polls/MUP12_1.pdf.
- [30] <http://www.dailyrecord.com/apps/pbcs.dll/article?AID=200771003003>.
- [31] "The Politics of Health-Care Reform", Catherine Arnst, Business Week, 27. September 2007 http://www.businessweek.com/technology/content/sep2007/tc20070914_836209.htm?chan=search.
- [32] Das erweiterte SCHIP-Programm hätte die Anzahl der abgedeckten Kinder von 6,6 Millionen auf 10 Millionen erhöht und Kindern aus etwas mehr verdienenden Haushalten zugänglich gemacht. Die Finanzierung der Mehrkosten sollte über eine Erhöhung der Tabaksteuer erreicht werden.
- [33] Siehe Cartoon im Bild, <http://cartoonbox.slate.com/static/202.html>.
- [34] "Bush digs in over children's healthcare bill", Andrew Ward, Financial Times, 4. Oktober 2007 <http://www.ft.com/cms/s/0/a3a9fc76-71e5-11dc-8960-0000779fd2ac.html>.
- [35] "Between a Veto and the Base", Ruth Marcus, The Washington Post, 10. Oktober 2007 <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2007/10/09/AR2007100901736.html?hpid=opinionsbox1>.
- [36] Vgl. Senator Chuck Grassley, ebenda.

